

UND JETZT:

**GRÜNE
WIRTSCHAFT**

UNOS
Unternehmensfreude



**Gemeinsamer Antrag
der Grünen Wirtschaft und der UNOS - Unternehmerisches Österreich an das
Wirtschaftsparlament Oberösterreich, Sitzung am 16. November 2022**

27. Oktober 2022

**KOSTENEXPLOSION EINDÄMMEN -
WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ERHALTEN**

Die in Folge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine gestiegenen Energiekosten und die dadurch befeuerte Inflation haben massive Auswirkungen auf die gesamte Kostenentwicklung der Unternehmen in Österreich. Trotz vieler bereits erfolgter Maßnahmen der Bundesregierung sind die gestiegenen Kosten und die noch im Raum stehenden weiteren Entwicklungen für viele Betriebe existenzgefährdend. Eine vollständige Weitergabe über die Preise ist nicht immer möglich; in vielen Branchen müssen negative Ergebnisse hingenommen werden. Zudem würde eine vollständige Anpassung der Preise die Inflation weiter befeuern.

Es braucht daher weitere Maßnahmen zur Abfederung, die sämtliche relevante Kostenfaktoren berücksichtigen.

Dabei sind in folgenden Bereichen Lösungen notwendig:

Energiekosten

Der bereits beschlossene Energiekostenzuschuss bezieht sich nur auf die Monate Februar bis September 2022. Vielfach werden die massiven Kostensteigerungen aber erst im Herbst/Winter 2022/2023 schlagend. Es braucht daher dringend Klarheit über die in den kommenden Monaten möglichen Unterstützungsleistungen bei Strom und Wärme. Das Warten auf eine Änderung des Merit-Order-Prinzips auf EU-Ebene dauert zu lange. Viele KMU stehen am Rande ihrer Existenz!

Mieten

Die automatische Anpassung der Mieten für betrieblich genutzte Räumlichkeiten ist in den Mietverträgen meist als Anpassung entlang der Entwicklung des VPI geregelt. Auch dieser Kostenfaktor muss temporär in einem Maßnahmenpaket zum Einbremsen der Inflation mitgedacht bzw. überdacht werden.

UND JETZT:

**GRÜNE
WIRTSCHAFT**

UNOS
Unternehmensfreude



Sozialversicherungsbeiträge

Die Erhöhung der Löhne in Folge der KV-Anpassungen kann mittels einer Senkung der SV-Beiträge für Selbständige und unselbständig Beschäftigte und Ausgleich auf der Gesamtkostenseite abgedeckt werden. Dazu soll eine Senkung bei den Beiträgen der Dienstgeber:innen erfolgen und die Einnahmenverluste bei den Trägern durch Steuermittel gegenfinanziert werden. Dadurch bleibt den Dienstnehmer:innen mehr Netto vom Brutto und die Mehrkosten der Dienstgeber:innen werden gedämpft.

Lohnnebenkosten

Im bereits erfolgten Maßnahmenpaket zur Senkung der Lohnnebenkosten wurde eine Reduktion von insgesamt 0,4% der Bemessungsgrundlage über Reduktion der Beiträge zum FLAF, der Unfallversicherung und des Insolvenzgeldfonds beschlossen. Eine weitere Maßnahme wäre die Abschaffung der KU2 zur Senkung der Lohnnebenkosten. Auch die Einnahmen der Wirtschaftskammer steigen derzeit massiv. Die WKO soll ihre Mitglieder entlasten. Die KU2 macht ebenfalls durchschnittlich rund 0,4% der Bemessungsgrundlage aus.

Kostenkontrolle

Die Kosten für Energie steigen nicht nur bei fossilen Treib- und Brennstoffen, sondern auch bei allen anderen Energieträgern. Eine Preisbildungskommission für Treibstoffe wurde bereits eingerichtet. Es braucht aber zusätzlich auch eine Kontrolle für alle anderen Energieträger bzw. den Handel damit.

Bei allen Maßnahmen muss entlang aller Unternehmensgrößen analysiert und gehandelt werden. Nicht nur die Industrie, sondern auch EPU und KMU sind von den Entwicklungen massiv betroffen. Zudem sind die Unterschiede der Branchen zu berücksichtigen und in die konkrete Ausgestaltung der Instrumente miteinzubeziehen.

UND JETZT:

**GRÜNE
WIRTSCHAFT**

UNOS
Unternehmensfreude



Antrag

- Die Delegierten des Wirtschaftsparlaments der Wirtschaftskammer Oberösterreich fordern die Bundesregierung auf
 - a. ein wirksames Maßnahmenpaket zum Einbremsen der Inflation über Abfederung der Herstellungskosten zu erarbeiten. Dabei sollen weitere Entlastungen bei den Energie-, den Lohnnebenkosten und den Sozialversicherungsbeiträgen mitgedacht werden. Die Möglichkeiten ein temporäres Aussetzen der Anpassung der Mieten von betrieblich genutzten Immobilien an den VPI soll geprüft werden.
 - b. Es sollen zum Monitoring der Energiekosten weitere Preisbildungskommissionen für alle Energieträger eingerichtet werden.
- Die Delegierten des Wirtschaftsparlaments fordern den Gesetzgeber auf mittels Änderung des WKG die Abschaffung der KU2 zu regeln.

Grüne Wirtschaft OÖ

Mag. Bernhard Seeber
Delegierter zum Wirtschaftsparlament

UNOS Unternehmerisches Österreich

Mag. Johannes Egger
Delegierter zum Wirtschaftsparlament